

Frankenberger Tageblatt

Begründet 1842.

Bezirks-Anzeiger

70. Jahrgang.

Amtsblatt für die königliche Amtshauptmannschaft Ilöha, das königliche Amtsgericht und den Stadtrat zu Frankenberg i. Sa.

Verantwortlicher Redakteur: Ernst Köhler in Frankenberg i. Sa. — Druck und Verlag von E. G. Köhler in Frankenberg i. Sa.

Erscheint an jedem Wochentag abends für den folgenden Tag. Bezugspreis vierteljährlich 1 M 50 P., monatlich 50 P., Trägertlohn extra. — Einzelnummern laufenden Monats 5 P., früherer Monate 10 P. — **Bestellungen** werden in unserer Geschäftsstelle, von den Boten und Ausgabehelfern, sowie von allen Postanstalten Deutschlands und Oesterreichs angenommen. Nach dem Auslande Versand wöchentlich unter Kreuzband.

Ankündigungen sind rechtzeitig aufzugeben, und zwar größere Inserate bis 9 Uhr vormittags, kleinere bis spätestens 11 Uhr mittags des jeweiligen Ausgabetages. **Für Aufnahme von Anzeigen** an bestimmter Stelle kann eine Garantie nicht übernommen werden. **Ab- u. d. Telegramme:** Tageblatt Frankenberg i. Sa.

Anzeigenpreis: Die 6-gesp. Perzeile oder deren Raum 15 P., bei Lokal-Anzeigen 12 P.; im amtlichen Teil pro Zeile 40 P.; „Eingekandt“ im Redaktionsstelle 35 P. Für schwierigen und tabellarischen Satz Aufschlag, für Wiederholungsdruck Ermäßigung nach feststehendem Tarif. Für Nachweis und Oportun-Annahme werden 25 P. Extragebühr berechnet. **Inseraten-Annahme** auch durch alle deutschen Annoncen-Expeditionen.

Die Aufgabe von Inseraten

ersuchen wir im Interesse der rechtzeitigen Fertigstellung und Ausgabe unseres Blattes gefälligst **so zeitig als möglich** erfolgen zu lassen. Größere Inserate erbitten wir uns bis **mittags 9 Uhr**, während kleinere Inserate bis **11 Uhr mittags** Aufnahme finden. Für später einlaufende Anzeigen können wir eine Garantie des Abdrucks in der bezüglichen Abendnummer nicht übernehmen.

Geflügelcholera.

Gemäß § 5 der Verordnung, Maßregeln gegen die Geflügelcholera und Hühnerpest betr., vom 1. Februar 1904 wird hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß unter dem **Geflügelcholera** festgesetzt worden ist.
Stadtrat Frankenberg, am 15. November 1911.

Deutschland und Italien.

In den letzten Tagen, wo die innere Politik im Vordergrund des Interesses stand, hatte man wenig übrig für die Vorgänge „draußen“, obwohl sich gar manches Interessante ereignete. Insbesondere ist es der türkisch-italienische Krieg, der die Aufmerksamkeit herauszufordern geeignet ist. Wie immer in einem Kriege, sind wirklich authentische Mitteilungen über den Stand der Dinge nur schwer zu erhalten, die verschiedenartigsten Gerüchte kursieren, und ein klares Bild der Situation läßt sich aus den widerspruchsvollen Nachrichten kaum herauschälen. Daß sich beide Teile in den Gefechten den Sieg zuschreiben, ist menschlich begreiflich, indessen steht unzweifelhaft fest, daß Italien zum mindesten in Tripolitanien keinen Schritt vorwärts gekommen ist, sondern in der Stadi andauernd festgehalten wird. Die Widerstandskraft der Türken ist eine ungeahnte, und mehr und mehr macht es den Eindruck, als wenn den Italienern große Kriegslorbeeren in Tripolis kaum erblühen dürften.

Um vorwärts zu kommen, hatte man in der jüngsten Zeit ersichtlich die Ausdehnung des Krieges auf andere Gegenden ins Auge genommen, und nach einstimmigen Berichten steht es fest, daß eine Flottenaktion im Ägäischen Meere geplant war. Die Mächte haben aber ein beträchtliches Interesse daran, den Krieg auf den eigentlichen Feld zu beschränken, und es ist sehr wohl möglich, daß von ihnen Einspruch erhoben worden ist; wenigstens verlautet, daß die italienische Flotte zurückberufen sei. Natürlich wird von der wertenbrannten italienischen Presse Deutschland und mit ihm auch Oesterreich-Ungarn als Sündenbock gebrauchsmarkt, diese beiden Mächte seien es, die den Italienern in die Arme gefallen seien. Ueberhaupt ist die italienische Presse augenblicklich weder auf Deutschland noch auf Oesterreich-Ungarn gut zu sprechen, weil die Zeitungen beider Länder den italienischen Wünschen nicht nachkommen, sich auf die Benutzung der offiziellen italienischen Kriegsberichterstattung zu beschränken, die ja geradezu „exzellent“ und „einwandfrei“ funktioniert.

Es muß eigenartig bedauern, daß die italienischen Blätter, und darunter sogar bisher sehr deutschfreundliche, gegen Deutschland und Oesterreich-Ungarn vom Leder ziehen, obwohl man in anderen Ländern noch schärfer Kritik übt. Die französischen Pressstimmen lauten durchaus nicht freundlich, und in England ist man über die italienischen Greuelthaten direkt entrüstet und hat die Angelegenheit sogar zum Gegenstand einer Anfrage im Parlament gemacht. Recht diplomatisch entbehrte sich hierbei der Unterstaatssekretär Acland seiner peinlichen Aufgabe, indem er sehr durchsichtig erklärte, er könne es zwar nicht auf sich nehmen, irgend welche Nachrichten über die angeblichen Greuelthaten einzuziehen, außer in Fällen, die britische Untertanen betreffen, aber beziehungsweise fügt er hinzu, es wäre natürlich ein Gegenstand allgemeinen großen Bedauerns, wenn einer der kriegführenden Teile die in den Bestimmungen der internationalen Konvention enthaltenen Kriegesregeln nicht beachtet hätte.

Das besagt genug. Man darf begierig darauf sein, was die italienische Presse zu dieser Erklärung sagen wird. Wahrscheinlich nichts, es handelt sich ja nicht um einen deutschen Staatsmann. . . . Sollte die italienische Presse in dieser Weise fortfahren, so darf sie sich nicht wundern, wenn ein rauchiges Echo aus Deutschland antwortet, denn wir brauchen es uns nicht gefallen zu lassen, wenn man uns jenseits der Alpen anpöbelt. Man sollte drüben auch nicht vergessen, daß die Haltung Italiens auf das Dreihundverhältnis schließlich doch nicht ohne Einfluß bleiben konnte, und wir haben wohllich keine Veranlassung, den Italienern nachzulassen, den größten Nutzen hat nur Italien; das wolle man am Liber bedenken!

Die Revolution in China.

Yuanhschikai, der „Retter“ des Vaterlandes, hat seinen Einzug in Peking unter sonderbarem Geleit gehalten. Angetan mit einer gelben Jacke, dem Zeichen höchster Auszeichnung, die der Kaiser zu vergeben hat, verließ er seinen Extrazug. Sein Wagen war von Soldaten umgeben, von denen er etwa 2000 mit nach Peking gebracht hatte. Hinter ihm marschierten sechs Hundertstücke, Kleinfelle, von denen jeder ein bloßes zweischneidiges Schwert trug. Den ihn begrüßenden Europäern lächelte Yuanhschikai freundlich zu, während

er für die unterwürfigen Mandarinen kaum einen Blick hatte. Gleichzeitig mit der Ankunft erschien ein Edikt, das Yuanhschikai den absoluten Oberbefehl über alle Streitkräfte des chinesischen Reiches überträgt. Seit dem Bestehen der Mandschudynastie hat noch kein Chinese eine derartige Vollmacht gehabt. Yuanhschikais Ankunft wird — wie man glaubt — dem Throne eine ersüßliche Stütze verleihen, weil Yuanhschikai der einzige ist, der genug Vertrauen einflößt, um die finanzielle Hilfe des Auslandes für China zu erwirken. Die Bevölkerung, die bereit war, zu den Rebellen überzugehen, dürfte jetzt zweifellos der Dynastie treu bleiben. — Obwohl Yuanhschikai über mehrere Divisionen zuverlässiger Truppen verfügt, ist es doch fraglich, ob er Südhina der Mandschudynastie wird zurückerobern können. Der Präsident der Provinz Schantung verbürgte sich für die Aufrechterhaltung der Ordnung. Die Europäer in Schanghai lehnen die Verbannung europäischer Truppen ab, da sie zur Aufteilung Chinas führen könnte, und behaupten, mit ihrem 1000 Mann starken Freiwilligenkorps und 700 Mann indischer Polizei die Fremdenstadt gegen jeden Angriff schützen zu können.

Die letzten Depeschen besagen:

Kanton, 15. November. Bei den jetzt herrschenden verwirren Verhältnissen in China steht das Räuber- und Piratenwesen in besonders hoher Blüte. Im Kanton sind nicht weniger als 40000 Piraten, welche teilweise bewaffnet sind, teilweise versuchen, sich in den Besitz von Waffen zu setzen. Die Bevölkerung wird terrorisiert, und Tausende von Piraten besetzen die Stadt Situanan. Auf ihrem Zuge dorthin verübten sie Frauen und Kinder. Sie erklärten, die Rebellen hätten ihr Versprechen nicht gehalten. Die regulären Soldaten treiben es nicht viel besser. 1500 Mann sind in der Nähe der englischen Konzeption von Yüman eingetroffen. Sie haben auf ihrem Zuge dorthin Frauen und Kinder ermordet.

Der Krieg um Tripolis.

Zwischen den Kabinetten der Großmächte finden gegenwärtig Verhandlungen statt, die eine einseitige Stellungnahme der Mächte zum Ziele haben, für den Fall, daß Italien den Krieg gegen die Türkei im Ägäischen Meere oder in Kleinasien versuchen sollte. In welcher Weise diese Stellungnahme erfolgen würde, läßt sich zurzeit natürlich noch nicht sagen. Jedenfalls würde sie aber den Zweck im Auge haben, der Gefährdung des Weltfriedens durch die italienischen Operationen vorzubeugen.

Die letzten Depeschen besagen:

Konstantinopel, 15. November. Wie aus Tripolis gemeldet wird, wurden in dem Kampfe bei Dumlupina die Italiener zurückgeschlagen. Die Türken beschloffen nunmehr, nur noch des Nachts anzugreifen, da der Kundschafterdienst der Aeroplane die Flotte so vorzüglich infiltriert, daß die Schiffsartillerie den Angreifern schweren Schaden zufügt.

Konstantinopel, 15. November. Die Mächte der Tripplenteente teilt gestern offiziell mit, daß sie in Rom Schritte getan hätten, um eine Blockade der Dardanellen, sowie eine Bombardierung Smyrnas, Saloniks und Beirut zu verhindern.

Paris, 15. Novbr. „Matin“ meldet aus Rom: Hier zirkuliert das Gerücht, daß ein Friedensschluß als nahe bevorstehend zu betrachten sei. Die Türkei soll sich dazu entschlossen haben, ihre Rechte auf Tripolis und der Cyrenaika aufzugeben, als Gegenleistung aber eine hohe Geldentschädigung zu fordern.

Die Auflösung der bayrischen Kammer.

Der bayrische Landtag wurde am Dienstag durch landesherrliche Botenschaft aufgelöst, da das Ministerium es für unmöglich hielt, mit dem bisherigen Zentrum weiter auskommen zu können. Die Auflösung wurde mit stürmischem Jubel auf der linken Seite des Hauses und auf den Tribünen aufgenommen, während im Zentrum eisiges Schweigen herrschte. Präsident Ortner schloß die Sitzung mit einem Hoch auf den Prinzregenten Luitpold. — Ein Zufall wollte es, daß am Tage vor der Auflösung der bayrischen Kammer im Reichstage zu Berlin über das Koalitionsrecht der Eisenbahnarbeiter

verhandelt wurde, über dasselbe Problem, dessen Folgerungen zur Auflösung der bayrischen Kammer geführt haben. Der bayrische Verkehrsminister v. Frauendorfer wurde vom Zentrum wegen seines Verhaltens gegenüber dem Süddeutschen Eisenbahner-Verband interpelliert und die sich anschließenden Debatten zogen sich viele Tage lang hin. Ihnen lagen die konfuzierenden Bestrebungen des genannten Verbands, der unter dem Einfluß der Sozialdemokratie steht, und einer zweiten, vom Zentrum patronisierten Organisation zugrunde. Der Minister ließ seinen Zweifel darüber, daß er den Bestrebungen des sozialdemokratischen Verbandes ablehnend gegenüberstehe und sich in seinen gegen diesen gerichteten Maßnahmen nicht betreten lassen werde. Aus der Mitte des Parlaments wurden persönliche Angriffe gegen den Minister v. Frauendorfer gerichtet, weil er seinen Räten die Vertretung seines Ressorts überlassen hatte. Es handelte sich sozusagen um Nebenächlichkeiten. Der große Prinzregent selber forderte noch in letzter Stunde sein Ministerium auf, sich durchaus von sachlichen Rücksichten leiten zu lassen. Gleich darauf erfolgte die Auflösung, die einen Appell an den Volkswillen darstellt. Der Ausschall der neuen bayrischen Landtagswahlen wird interessante Schlüsse auf den Ausschall der Reichstagswahlen zu lassen. Die Neuwahlen müssen laut Verfassung innerhalb dreier Monate vorgenommen werden; sie werden aller Wahrscheinlichkeit noch sobald wie möglich, jedenfalls noch vor den Reichstagswahlen stattfinden.

Vom Landtag.

Zweite Kammer.

Die Zweite Kammer nahm in ihrer 3. öffentlichen Sitzung in allgemeiner Vorberatung den Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung des Gesetzes über das Staatsschuldbuch, sowie den Entwurf eines Nachtrags zur Geschäftsverwaltung für den Landtagsausschuß zur Verwaltung der Staatsschulden vom 13. Mai 1910. Einleitend wies Staatsminister v. Seydewitz auf die wichtigsten Punkte hin, in denen das Staatsschuldbuchgesetz abgeändert werden sollte. Der Entwurf schließt sich den Gesetzesnovellen an, die im vorigen Jahre im Reich und in Preußen erlassen worden seien. Das Staatsschuldbuch sollte damit vollständig gestaltet und die Entzogenen auch kleinen Sparten erleichtert werden, und zwar dadurch, daß die Entzogenen von nun an auch dann erfolgen könne, wenn der Betreffende keine Schuldverschreibung a-konsumieren habe. Jedermann könne gegen Verzinsung kostenlos eine Buchschuld erwerben. Ferner solle die Vertung des Staatsschuldbuches künftig nicht mehr vom Vorstehen des Landtagsausschusses zur Verwaltung der Staatsschulden, sondern durch einen königlichen Kommissar erfolgen. — Abg. Bauer (natl.) befürwortete namens seiner Partei die vorgeschlagenen Änderungen und Erleichterungen und sprach die Hoffnung aus, daß die vorgeschlagenen Maßnahmen dazu führen würden, die Kurse der heimischen Staatsanleihen zu steigern und eine gewisse Stetigkeit auf dem Anleihemarkt herbeizuführen. Ferner beantragte schließlich die Ueberweisung der Vorlagen an die Gesetzgebungsdeputation in Gemeinschaft mit der Finanzdeputation A. — Abg. Döry (konl.) erklärte die Vorteile des vorliegenden Entwurfs und wies als Mängel des Landtagsausschusses zur Verwaltung der Staatsschulden besonders darauf hin, daß dieser Ausschuß selbst es gewohnt sei, bei der Regierung beantragt habe, die Vertung des Staatsschuldbuches einem Regierungsbeamten zu übertragen, und zwar aus dem Grunde, weil diese Vertung immer größere Anforderungen an den damit Betrauten stelle. — Abg. Schultze (oz.) erklärte, daß auch seine Partei im allgemeinen mit dem Entwurf einverstanden sei, weil an der Festigkeit des Staatsschulden und der Stetigkeit der wirtschaftlichen Verhältnisse auch die Arbeiter in gewissem Sinne interessiert seien. — Hierauf wurde der Gesetzentwurf antragsgemäß einstimmig an die Gesetzgebungsdeputation in Verein mit der Finanzdeputation A. überwiesen.

* **Anträge der nationalliberalen Landtagsfraktion.** Von der nationalliberalen Fraktion liegen drei Anträge im Landtag vor. Sie wüßte die Abänderung des Gesetzentwurfs über die Feuerbestattung und die Einbürgerung der Bestimmungen, daß zur Ausstellung der Zeugnisse auch alle approbierten Ärzte befragt sind. Der andere Antrag wünscht die Vorlegung eines Gesetzentwurfs, wonach das Disziplinarverfahren gegen städtliche Beamte auch Anwendung finden soll auf die berufsmäßigen Bürgermeister in den Städten mit der Städteordnung für mittlere und kleinere Städte, und auf die berufsmäßigen Gemeindevorstände, und ferner auf alle mit Pensionsberechtigung angestellten Beamten und Unterbeamten, auch wenn sie nicht auf Lebenszeit angestellt sind. Der dritte Antrag lautet: Die Kammer wolle beschließen, die Staatsregierung zu ersuchen, daß sie bei Verteilung von Staatsaufträgen in höherem Maße als bisher den Versuch anstelle, ob sich a) die Vergütung nach dem Grundloß des angemessenen Preises und b) die Vergütung an sogenannte Vorkontingentverträge von Kleinverwerbetreibenden bewährt.